

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringertohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nicht-preussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Schorrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8, Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5, Rue Brulée; Paris, 2, Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Ausseitlung nach stenograph. Aufzeichnung.)
(Fortsetzung.)

Auf den Gebrauchswert für sich allein ist der Tauschwert nicht begründet; die Luft, das Wasser sind für uns höchst brauchbare, ja nothwendige Dinge, denen jedoch ein Tauschwert nicht innewohnt. Ist es nun etwa die menschliche Thätigkeit, welche den Tauschwert schafft? Die menschliche Thätigkeit an sich noch nicht! Denken Sie sich, irgend ein reicher Mann würde auf den sonderbaren Einfall gerathen, etwa hundert Arbeiter zu dengen, um dieselben auf den Kreuzberg zu schicken, mit dem Auftrage, dortselbst Erdkugeln zu formen. Wenn der Tag vorüber wäre, so lägen als das Ergebniss menschlicher Thätigkeit eine Menge von Erdkugeln dort aufgeschichtet. Allein Niemand würde diese Erdkugeln begehren, weil ein Gebrauchswert in ihnen nicht vorhanden sein würde. Nehmen wir aber jetzt die beiden bisher behandelten Gesichtspunkte zusammen und betrachten wir eine menschliche Thätigkeit, welche Gebrauchswert schafft, so finden wir, daß diese Gebrauchswert schaffende menschliche Thätigkeit, die Arbeit, den Tauschwert hervorruft. Ein Tauschwert erscheint also in der menschlichen Gesellschaft als solcher, weil und so weit in ihm eine gewisse Menge von Arbeit steckt, nicht etwa von willkürlicher, launenhafter Arbeit, sondern von solcher Arbeit, welche den Bedürfnissen der Gesellschaft entgegen kommt, für sie Gebrauchswerte schafft. Diese Arbeit nun, gleichwie sie dem Tauschwert überhaupt zu Grunde liegt, bestimmt auch die Werthhöhe des einzelnen Werthgegenstandes. Wenn bei gewöhnlicher durchschnittlicher Arbeit, einer Arbeit, wie sie ein Mensch von durchschnittlichen Eigenschaften bei einfacher Thätigkeit liefert, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern eine bestimmte Zeit hindurch thätig sein müßte, um einen Centner Thee herzustellen, und es würden andere Arbeiter in derselben Anzahl, unter gleicher Voraussetzung, dieselbe Zeit brauchen, um tausend Ellen Kattun herzustellen, so würden jener Centner Thee und diese tausend Ellen Kattun gegen einander ausgetauscht werden können; ein gleicher Tauschwert in beiden Gegenständen läge vor. In der weiteren Entwicklung des Tauschverkehrs nun, m. H., stellt sich das Bedürfnis heraus, alle vorhandenen oder möglichen Werthgegenstände an einem einzigen Werthgegenstande, einem

einzigen Werthstoffe, abzumessen, und es tritt uns entgegen das Geld, welches nichts anderes ist, als diejenige Waare, an welcher der Werth aller anderen Waaren gemessen wird. Wenn Sie daher 6 Milchbrode vor sich haben, welche 1 1/2 Sgr. kosten, und Sie haben ferner vor sich ein Seidel Bier, welches gleichfalls 1 1/2 Sgr. kostet, so besagt dies: daß die sämmtliche Arbeit, welche in den 6 Milchbroden steckt — mit eingerechnet die Arbeit desjenigen, der das Feld bebaute, des Müllers, der das Getreide in Mehl verwandelte, des Bäckers der dasselbe in eßbaren Zustand brachte, kurz alle geschene Arbeit, — daß also alle diese geschene Arbeit, so weit sie in den gerade vorliegenden Milchbroden steckt, gleich ist der Arbeit, welche vonnöthen war, um die vor Ihnen befindliche Menge Bier im Bierseidel herzustellen; oder genauer gesagt: daß eben so viel durchschnittlicher gesellschaftlicher Arbeit erforderlich sein würde, das eine wie das andere neu herzustellen. Der Preisansatz von 1 1/2 Sgr. besagt nichts weiter: als daß nach dem dermaligen Verhältnisse des Silbers zu den gesammten übrigen Waaren die in jedem der erwähnten Gegenstände steckende Arbeitsmenge in gemünztem Silber gleich 1 1/2 Sgr. ist.

M. H.! Wir haben also die Erkenntniß gewonnen, daß als Tauschwert bildend die Arbeit erscheint, daß somit die gesammte Erzeugung von Werthgegenständen, insofern sie solche nicht für den Einzelnen als Gebrauchswerte, sondern für die Gesellschaft als Tauschwerte sind, auf Arbeit beruht. Hieraus aber folgt, daß die natürlichen Rechte der Arbeit auch die Grundlagen des ganzen wirtschaftlichen Gebäudes, der Einrichtung der menschlichen Gesellschaft, sein müßten, und in der That, m. H., beruht sich die herrschende volkswirtschaftliche Schule, die Bourgeois-Deconomie, in einem gewissen Sinne auf das Recht der Arbeit. Zunächst sagt sie: Das, was einer erarbeitet hat, muß ihm gehören; er darf in dem vollen Genuß desselben, in der freien Verfügung darüber nicht gestört werden.

Ganz gut! Aber betrachten wir die Sache weiter! Mit der steigenden Entwicklung des Zusammenhanges der gesellschaftlichen Verhältnisse tritt ein Zustand ein, in welchem einer, um neue Werthgegenstände schaffen zu können, im Voraus schon, bevor er an die Production geht, im Besitze bereits vorhandener Werthgegenstände sein muß, wie ich Ihnen dies im vorigen Vortrage eingehender auseinandergesetzt habe. Derjenige, der neuen Werthgegenstände will, muß nemlich für die Zeitdauer der Arbeit im Besitze von Wohnung, Kleidung u. s. w., er muß im Besitze von Werkzeugen sein, die ihm die Arbeit erleichtern und vergleichen mehr. Er tritt nun zu einem derjenigen hin, welche im Besitze schon vorhandener Werthgegenstände sind und spricht zu ihm: „Ich will neue Werthgegenstände schaffen, ich will mich einer Arbeit unterziehen, welche den Bedürfnissen der Gesellschaft entgegenkommt; gib

mir dazu, was ich brauche; für Schaden und Entbehrung, die dir dadurch erwachsen, komme ich auf“; — der Besitzer der Werthgegenstände aber sagt: „Wir werden die Sache nicht also machen, sondern ich selbst werde die fragliche Arbeit unternehmen und dir, der mir dabei helfen soll, soviel geben, als du zum Leben nöthig hast, und das Ergebniss der Arbeit gehört sodann mir allein.“ Ich habe Ihnen weiter das vorige Mal auseinandergesetzt, daß dieser Sachverhalt im Gange der Entwicklung in immer zunehmend schrofferer Weise hervortritt, was zuletzt dahin führt, daß eine kleine Klasse, die Gesammtheit derjenigen, welche über die bereits vorhandenen Werthgegenstände verfügen können, sich gegenüberstellt der ungeheuren Mehrzahl, der Gesammtheit derjenigen, die gänzlich besitzlos, nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben, und daß jene Ersteren die Arbeitskräfte dieser Letzteren dadurch ausbeuten, daß sie alle neu entstehenden Werthgegenstände an sich ziehen, an die Arbeitenden aber immer nur einen geringen, für den Lebensunterhalt durchaus nöthigen Lohn zahlen. Mit andern Worten: es kommt dahin, daß unter den jetzigen Eigenthumsverhältnissen die bereits angesammelten Werthe, das Capital, immer mehr in die Lage kommen, zu eigener Vermehrung die gesammte Arbeitskraft fort und fort auszusaugen. Dies ist das bezeichnende Merkmal der Anhäufung von Werthgegenständen unter den jetzigen Verhältnissen, das bezeichnende Merkmal des Capitals: daß es mit innerer Nothwendigkeit in sich selbst anwächst, und, um ebenso viel, als es in sich selbst anwächst, die Arbeit zu immer größerer Dienstbarkeit und Abhängigkeit zwingt — immer unter dem Anschein „freier“ Bewegung der Arbeit, lediglich durch die, an einem einzelnen Punkt schwer erkenn- und fahbare Wirksamkeit des allgegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammenhanges.

M. H.! Was sagt nun die Bourgeoischule, um den bezeichneten Sachverhalt zu rechtfertigen?

Dies, m. H., die Auffassung der Bourgeois-Deconomie.

Obgleich nun dieselbe allerdings diese Auffassung vortreibt, so fühlt sie doch recht gut, daß sie dem schreienden Mißverhältniß gegenüber, welches aus der Entwicklung der bestehenden Verhältnisse erwächst, einige Hoffnung auf Ausgleichung desselben erregen müsse, und sagt daher: Es ist nicht abzuändern, daß mir nach allen Richtungen hin und in jeder Beziehung die volle Verfügung über meine

die
und
mit
sofer
nes
trete
sch a
lomm
Z
sich
Bort
Grun
Blätte
ren.
welche
selben
sind d
der
kann,
die „
Spalt
Hoffnu
Hrogen
Henden
öffentl
E:
darin
Kaffe
Herz
Borträ
wurden
Hal
tretern
lassen,
halber,
dießigen
den l
Berich
Herr
Zweck
Heimitt
der Sta
Wirtshu
Auf die
Hien, m
nur auf
Boll sel
Dagen
Arbeiter
Herrn
Herrn
Vortrag
Cassal
Bereinst
richtet
igen Y
den Ta
en Au
viel
Henten
er Au
Sie be
leiden,
letter,
unthid
politik
ar na
—
lärb
Hläer i
ernung
i, daß
Huer P
scrip: N
— [
eud),
Hbt zu
Hill sein

35. Wertgegenstände, der angesammelten Arbeit, gewöhnlich sei; dies ist der naturgemäße Zustand; die Mißstände aber, die demselben, wiederum naturgemäß, anhaften, sind nicht so schlimm, als es den Anschein hat; die Lage der arbeitenden Klasse im Gegensatz zur besitzenden Klasse wird sich auf dem Wege der Fortentwicklung unserer jetzigen Verhältnisse erheblich verbessern.

Zwei Punkte sind es, m. H., welche die Wortführer der Bourgeoise-Ökonomie in den Vordergrund zu stellen pflegen, wenn man an sie die Frage richtet, warum sie denn — sonderbarer Weise! — glauben, daß bei der Fortentwicklung der jetzigen Verhältnisse die Lage der Arbeiter eine bessere werden müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 18. Oct. [Bezeichnend für die deutschen Zustände] ist, was der „Köln. Ztg.“ unterm 16. d. M. von hier geschrieben wird:

Nachrichten zufolge, die in diesem, gewöhnlich gut unterrichteten Kreise circuliren, haben die Cabinette von Berlin und Wien in den letzten Tagen an den Frankfurter Senat eine Note oder eine Depesche — wir lassen dies dahingestellt sein — und zwar jede der beiden Regierungen für sich, jedoch, wie es scheint, in identischer Form gerichtet, welche geeignet ist, in hohem Grade die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Es wird darin über die auf dem vor Kurzem in Frankfurt abgehaltenen Abgeordnetentage gegen den Vertrag von Gastein, gegen die Politik und die Regierungen der beiden deutschen Großmächte gerichteten Angriffe Beschwerde geführt und die Erwartung ausgesprochen, daß der Senat ähnliche Ausforderungen ferner nicht dulden werde. Derselbe Vorwurf wird gegen die Frankfurter Presse erhoben, oder wenigstens einen Theil derselben, welcher die gleiche Ungebühr gegen Oesterreich und Preußen zur Last gelegt wird. Die beiden Cabinette stellen für den Fall, daß der Senat sich nicht hart genug fühlen sollte, gegen diese Maßlosigkeit einzuschreiten, demselben ihren Beistand zu Gebote, ja, sie lassen sogar durchblicken, daß sie erforderlichen Falls selbst die nöthigen Maßregeln zur Anwendung bringen würden. Eine Abschrift dieser Depesche ist auch den Vertretern Preußens und Oesterreichs bei den anderen deutschen Regierungen zugegangen mit dem Auftrage, deren Inhalt zur Kenntniß derselben zu bringen und die Erwartung hinzuzufügen, daß sie, die deutschen Cabinette, die Schritte der beiden Großmächte bei dem Frankfurter Senate unterstützen würden. Zugleich sind die Gesandten angewiesen, auch über die maßlosen Angriffe der Presse der Mittel- und Kleinstaaten gegen Oesterreich und Preußen Beschwerde zu führen. Man hält in unseren politischen Kreisen dafür, daß die Anregung zu diesem Schritte zunächst von hier ausgegangen und die Zustimmung des Wiener Cabinets dazu erlangt worden sei. Es dürfte anzunehmen sein, daß die gegen Ende dieses Monats in Frankfurt anderäumte Versammlung des Nationalvereins mit Veranlassung zu diesem Vorgehen der beiden Höfe gegeben habe.

Nachstehendes ungläubliches Telegramm ist dahier eingelaufen:

Frankfurt a. M., Dienstag 17. Oct., Abends. Die „Neue Frankfurter Ztg.“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß der Frankfurter Senat gegenüber der angeblich von Preußen und Oesterreich an ihn gerichteten Aufforderung, der politischen Agitation, welche in Frankfurt ihren Heerd habe, ein Ende zu machen, mit einer Stimme Mehrheit beschlossen habe, diesem Antrage Folge zu geben.

— [Wegen Schulze-Dehlysch] ist jetzt eine Untersuchung eingeleitet wegen der in Nürnberg zur Zeit des volkswirtschaftlichen Congresses im dortigen Arbeitervereine gehaltenen Rede über Gewerbesteuer. Die „Rhein. Ztg.“ war wegen eines Berichtes über dieselbe confiscirt worden und von dort her schreibt sich die Untersuchung, die sich auf die Annahme stützt, daß jener Bericht wortgetreu gewesen sei.

— [Zu den französischen Pressverhältnissen] schreibt die „Rhein. Ztg.“ mit fetter Schrift:

Aus Frankreich kommen und wöhnlich bittere Klagen über die einseitige Willkür, mit welcher deutsche Zeitungen von der kaiserlichen Presspolizei zurückgehalten werden. Mit den Blättern aus keinem andern Lande wird so umgegangen. Um derselben Aeußerungen willen, so um Aeußerungen willen, welche aus englischen Blättern wörtlich überlezt sind, werden deutsche Zeitungen confiscirt, die englischen aber nicht. Es kommen Tage vor, an denen in Paris aus Preußen keine Zeitung, außer dem Staatsanzeiger und der Nordd. Allg. Ztg., ausgegeben wird. Wir möchten, um das Unwesen in seinem Umfange, wenigstens in Deutschland bekannt zu machen, vorschlagen, daß die deutschen Zeitungen es sich jedesmal mittheilen ließen, wenn ihnen eine Nummer in Frankreich unterdrückt wird.

Auch uns kommen von Zeit zu Zeit Beschwerden darüber zu, daß unser Blatt in Paris unregelmäßig an die Abonnenten gelangt.

[Arbeiterangelegenheiten betreffend] in Seitens des Handelsministeriums neuerdings den Bezirksregierungen die Weisung zugegangen, auf die betreffenden Kreise nachdrücklich einzuwirken, um nachhaltige Einrichtungen zur Unterführung hilfsbedürftiger Fabrikarbeiter ins Leben zu rufen. Namentlich soll auch darauf Bedacht genommen werden, daß außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber zu angemessenen Zuschüssen zu den Kassen herangezogen werden. Gleichzeitig sind hierbei die Regierungen aufgefordert worden, eingehende Ermittlungen anzustellen und darüber statistische Nachweise der Staatsregierung zugehen zu lassen, ob und in welchem Maße die Arbeitgeber zur Erhaltung derselben bereits beisteuern. In dem deshalben an die Provinzialregierungen erlassenen Schriftstück heißt es, daß es Seitens der Staatsregierung wohl anerkannt werde, daß bereits eine große Zahl der Arbeitgeber zu den Unterstützungskassen, und zwar in vielen Fällen sehr ansehnliche Summen beisteuern, allein es liegt in der Absicht der Staatsregierung, dies Verhältnis überhaupt zu regeln und nicht allein sämtliche Arbeitgeber zu den Beiträgen für diese Unterstützungskassen heranzuziehen, sondern einen gleichmäßigen Satz als Norm festzustellen, nach welchem je nach der Heranziehung aller Arbeitgeber zu geschehen habe. Bei der Festsetzung dieses Normsatzes soll sowohl das Bedürfnis in Bezug auf die Unterstützungskassen selbst, als auch das Verhältnis der Arbeitgeber zu diesen Kassen überhaupt in Betracht gezogen werden. Uebrigens handelt es sich bei diesem Vorgehen nur um die städtischen Arbeiter, an die ländlichen Arbeiter ist noch nicht gedacht worden. — Es bedarf übrigens kaum der Bemerkung, daß die ganze Angelegenheit für die eigentliche Arbeiterfrage ohne alle Bedeutung ist. Für diese kann nur von Gewicht sein, was die Hebung der Klasse überhaupt zu fördern geeignet ist, nicht aber was sich nur auf die Unterführung einzelner besonders unglücklicher Personen bezieht.

* Wien, 16. Oct. [Zur großen Staatsconfusion.] Die Parteidewegung in Ungarn ist noch eine sehr wirre. Die Hauptfrage ist immer: Wird die „Beschlusspartei“ — d. h. das Bestreben, aus Ungarn und dem übrigen Oesterreich zwei von sich vollkommen unabhängige freie Ländergruppen zu bilden, welche bloß durch die Pflicht der wechselseitigen Vertheidigung zu einem Staatskörper verbunden sind — die Majorität gewinnen? Ist dies der Fall, so kann eine „Verständigung“ mit der Krone nicht erwartet werden. Indessen lauten die Nachrichten über die Wahlbewegung im Allgemeinen nicht unglücklich für die Regierung, wobei man freilich bedenken muß, daß dieselbe auch im besten Falle in Ungarn ihren Stützpunkt wird suchen müssen. Von einer Comitatsagitation, wie sie im Jahre 1861 hervortrat, ist gegenwärtig nichts vorhanden. Damals war das Schicksal des Landtages eigentlich schon durch die Beschlüsse der 52 Congregationen im Voraus entschieden. Daß die Regierung jetzt auf eine Restauration der Comitats nicht einging, war schon genug von ihr. Es liegen allerdings Proteste gegen dieses Verfahren der Regierung vor und in Petitionen wird die Herstellung der Comitatsverfassung gefordert, aber an eine Berücksichtigung derselben Seitens des Cabinets ist wohl nicht zu denken. Im Allgemeinen beschränken sich die Wahlkörper auf bloße Rechtsverwahrungen, von einigen ist auch gegen die Legalität der Wahlen in dieser Uebergangsperiode Widerspruch erhoben, aber doch nur in vereinzelten Fällen. Ob die Partei Deal's, welche eine Ausgleichung mit der Regierung erstrebt, im Vereine mit den Altconservativen die Majorität des Landtags erhalten wird? Franz Deal ist nicht mittheilsam und be-

ruft sich auf sein bekanntes politisches Glaubensbekenntnis. Aber die Schwierigkeiten werden dem Kabinet erst bei Behandlung der praktischen Fragen erwachsen. Werden die Slovaken, Serben und Rumänen Vertreter erhalten, welche ihre nationalen Wünsche kund geben können? Werden sie versprochen, einen Staat im Staate zu bilden, Ungarn nach dem Nationalitätsprinzip zu theilen? Werden die Sachsen und Rumänen in Siebenbürgen sich vom Landtage fern halten? Wie sollen die Beziehungen zwischen Ungarn und Croatien geregelt werden? Das sind Fragen, welche die officiellen Kreise ernst beschäftigen und die große Staatsconfusion im hellen Licht erscheinen lassen. — Theilweise noch kühner geht es in den andern Kronländern zu, wo es noch nicht einmal zu einer festen Parteidewegung gekommen ist und wo außerdem Gerüchte von Abänderungen des Bestandes selbst, besonders der kleineren unter diesen „historisch-politischen“ Mausefall-Staaten, Ungewißheit in alle Pläne bringen. Angesichts dieser Lage schreitet die Regierung mit einer wahrhaft waghalsigen Ersparungsmaßregel vor: sie will ihr Beamtenhum, das einzige Stridwerk, durch welches das Ganze noch zusammengehalten wird, vermindern. Sie gedenkt — so berichten Wiener und auswärtige Blätter — nicht bloß bei den Centralstellen, sondern bei allen Beamten-Kollegien bei eintretender Vacanz zu überdenken den Versuch zu machen, mit den noch vorhandenen Arbeitskräften auszureichen, und erst dann, wenn sich praktisch deren Unzulänglichkeit herausgestellt, die Wiederbesetzung der erledigten Stellen erfolgen zu lassen. — Ein Vorbild der zunächst vorstehenden Wirren hat im äußersten Osten des Reiches mit der Eröffnung der „sächsischen National-Universität“ begonnen, welche Comed Schmidt am 9. d. Mts. in Hermannstadt eröffnet hat. Der Zweck dieser Versammlung ist bekanntlich, eine Verständigung der Sachsen bezüglich ihres Verhaltens bei den Wahlen für den Klausenburger Landtag zu erzielen, und einen föhlichen Eindruck zu machen, jetzt alle die Documente aus den Jahren 1848 und 1849, 1861 bis 1863 in der Universität vorlesen zu hören, worin den Sachsen der Dank des Reiches ausgesprochen wird für ihren Widerstand gegen jene Union mit Ungarn, deren Herstellung den einzigen Zweck des nächsten siebenbürgischen Landtages bilden soll. Die „Neue freie Presse“ bemerkt: „Es geht, und zwar in beachtenswerthen Kreisen, die Sage, das Ministerium betreibe die Erledigung der Unionsfrage zum Theile deshalb so eilig, weil es der Hoffnung lebe, die 69 Deputirten Siebenbürgens würden auf dem ungarischen Reichstage den Kern einer „Regierungs-Partei“ bilden. Nun deutet freilich Alles darauf hin, daß der Klausenburger Landtag die ihm aufgegebenen Revision des Unions-Artikels durch dessen einfache Annahme absolviren wird. Ob aber deshalb die Erwartung des Ministeriums bezüglich der Deputirten, welche das Großfürstenthum nach Pesth zu entsenden hat, sich beständigen wird, das erscheint uns mehr als zweifelhaft.“ — Ueber den Abschluß der neuen Anleihe sind die Nachrichten widersprechend und unsicher.

— [Sehr bezeichnend] für den Eindruck, welche die fortschreitende Ungarisirung Oesterreichs auf die Deutschen in Oesterreich macht, ist nachfolgender Anfang des Leitartikels der neuesten „Presse“:

In runden, glatten Worten erklärt das Organ Deal's, von einem Bündnisse mit cisleithanischen Parteien könne zunächst nicht die Rede sein. Welche der dießseitigen Parteien hat den Ungarn ein „Bündniß“ angetragen? Das Kaplo nenne sie; es wird ihr nicht zur Uebereiche, den Frieden gesucht zu haben. Wenn aber das Kaplo eine Verständigung nicht will, wenn es vielmehr den verwegenen Satz aufstellt, die ungarische Verfassungsfrage könne nur im Einvernehmen des Monarchen mit dem ungarischen Landtage erledigt werden und wir müßten uns in allem Wesentlichen diese Erledigung gefallen lassen, so zeigt sich darin eine Ueberhebung, die ihresgleichen sucht in der Geschichte unserer staatsrechtlichen Kämpfe. Man mühet uns zu, eine Wohnung zu beziehen, die wir vorher nicht einmal besetzen sollen, und sinnt uns obendrein an, die Abapirungskosten zu tragen. Wenn die Deal'sien so sprechen, was sollen wir von den Obichys, den Ivankas und wie sie alle heißen mögen,